

Hans-Joachim Spanger

# Eine Wahl - keine Entscheidung:

Rußland nach der Ära Jelzin

HSFK-STANDPUNKTE 1/2000

Am 26. März bestimmt Rußland zum zweiten Mal in seiner Geschichte in direkter Wahl ein neues Staatsoberhaupt, und zum ersten Mal wird dies nicht Boris Jelzin sein: das Ende einer Ära. Deren Beginn ist ebenso untrennbar mit Jelzins Namen verbunden, wie er es sich vorbehielt, ihr Ende einzuleiten - getragen von der Hoffnung, so den Wechsel im Amt des Präsidenten auf einen bloßen Austausch der Personen reduzieren zu können. Der damit eingeschlagene Weg war vielleicht der einzige, mit Sicherheit aber der am wenigsten spektakuläre, um im gegenwärtigen Stadium des russischen Demokratisierungsprozesses einen organisierten Machtwechsel herbeizuführen.

Jelzins Entscheidung, an Sylvester 1999 von seinem Amt als Präsident der Russischen Föderation zurückzutreten und sein persönliches Schicksal unwiderruflich in die kaum zu kontrollierenden Hände anderer zu legen, stellt unter den aktuellen russischen Auspizien ein beträchtliches Risiko dar. Sie verdankt sich daher nicht zuletzt seiner wundersamen politischen Wiederauferstehung und der durch sie genährten Erwartung, nicht von vornherein einem politischen Gegner ausgeliefert zu sein. Spätestens mit der Finanzkrise vom August 1998, als ihm die Staatsduma Jewgenij Primakow als Ministerpräsidenten aufzwang, widmeten die meisten Beobachter Jelzin kaum mehr als politische Nachrufe. Und auch Primakows Entlassung sowie die folgenden Rochaden im Amt des Regierungschefs erschienen eher als Ausdruck der Verzweiflung, denn als Demonstration eines ungebrochenen Führungsanspruchs. Erinnert sei nur an den Sarkasmus, mit dem im Sommer des vergangenen Jahres allenthalben Jelzins Ankündigung aufgenommen wurde, mit Wladimir Putin endlich einen würdigen Nachfolger gefunden zu haben.

Man darf aus diesem neuerlichen Irrtum folgern, daß sich Rußland offenbar noch weit stärker zuverlässigen Aussagen entzieht als die anderen Gegenstände sozialwissenschaftlicher Analyse. Dies gilt es bei einer Exkursion zu der bevorstehenden Präsidentschaftswahl und damit in das ungesicherte Terrain der Zukunft zu beachten. Auch wenn der Ausgang der Wahl gegenwärtig wenig Zweifel zu wecken vermag, so stellen sich dessen Folgen weit weniger deutlich dar.

## **Der Auftakt: die Wahlen zur Staatsduma**

Wie in den Jahren 1995 und 1996, so setzte auch diesmal die Parlamentswahl die Rahmenbedingungen für die darauffolgende und ungleich wichtigere Präsidentschaftswahl. Damals erlaubte der rauschende Sieg der Kommunistischen Partei dem amtierenden Präsidenten, sich aus scheinbar hoffnungsloser Lage - seine Popularität war auf 8 Prozent abgesunken - ein weiteres Mal als einzig glaubwürdiger Kämpfer gegen das Reich des Bösen emporzuschwingen. Wußte seinerzeit der Kreml aus der Not eine Tugend zu machen, so demonstrierte er diesmal von vornherein, daß man sich den Kommandohöhen sowohl der Staats- als auch der Finanzmacht angesichts deprimierender Umfragen keineswegs geschlagen geben muß, sondern im Gegenteil veritable politische Wunder zu produzieren vermag.

Das größte dieser Wunder stellt zweifellos die Partei dar, die im Sinne ihres Anspruchs den Titel "Einheit" und zudem den sinnigen Werbenamen "Bär" führt. Erst wenige Wochen vor der Wahl gegründet, stellte sie alles in den Schatten, was die russische politische Bühne bisher zu bieten hatte: mit einem Minister aus der hinteren Reihe - Sergej Schojgu, zuständig für Katastrophenschutz - und einem Gouverneur aus dem hintersten Winkel - Aleksandr Nasarow vom fernöstlichen Autonomen Kreis der Tschuktschen " an der Spitze sowie dem legendären Boris Beresowskij im Hinter- und Wladimir Putin im Vordergrund. Ihre Aufgabe war es, ohne allzu präzise programmatische Aussagen im diffusen politischen Mittelfeld die gefährlichste Opposition des Kreml zu stoppen: "Otetschstwo-Wsja Rossija" (OWR), das vaterländische Bündnis des Moskauer Oberbürgermeisters Luschkow mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Primakow und allrussischen prominenten Gouverneuren wie Tatarstans Autokraten Mintimer Schajmijew und St. Petersburgs Wladimir Jakowlew. Dies gelang in einer Weise, die ungeachtet des vorhersehbaren medialen Trommelfeuers kein politischer Beobachter auch nur erahnen konnte.

Das zweite Geschöpf des Kreml - die von Anatolij Tschubajs inspirierte und vom einstigen Krisenpremier Sergej Kirijenko angeführte "Union der Rechten Kräfte" (SPS) - wandte sich dagegen dem aufgeklärten Spektrum der russischen urbanen Modernisierer zu und nahm damit die traditionelle, aber

auch einzige artikulierte Fundamentalopposition in der Duma ins Visier: Jabloko. Und auch in diesem Wählerreservoir erzielte sie einen durchschlagenden Erfolg, der Jabloko nahezu unter die 5 Prozent-Hürde drückte.

Unter der 5 Prozent-Hürde blieb die einstige Partei der Macht: "Unser Haus Rußland" mit nur noch 1,2 Prozent der Stimmen. Ihr Vorsitzender, Wiktor Tschernomyrdin, gewann indes ebenso wie der ehemalige Fraktionsvorsitzende, Wladimir Ryschkow, ein Direktmandat, um sich ein weiteres Mal der - neu konturierten - Partei der Macht zuzuwenden. Unter der Hürde blieben aber auch Exoten wie die dogmatischen "Kommunisten - Werktätige Rußlands für die Sowjetunion" mit immerhin 2,23 Prozent, "Stalins Block für die UdSSR" unter der Führung eines anverwandten Dschugaschwili aus Georgien mit 0,61 Prozent, die ähnlich verbalradikale "Gesamtrussische Bewegung zur Unterstützung der Armee" mit 0,58 Prozent, die ehemals im Parlament vertretenen "Frauen Rußlands" mit 2,05 Prozent oder die "Partei der Rentner" mit 1,97 Prozent, während jene der Biertrinker diesmal nicht wieder angetreten ist.

Positiv zu registrieren ist vor allem auch, daß sich nach diesen Wahlen immerhin 80 Prozent der Wähler in der Duma repräsentiert sehen können, während 1995 dank der 5 Prozent-Hürde und der zersplitterten Kandidaturen noch annähernd die Hälfte der abgegebenen Stimmen unberücksichtigt blieb. So amorph sich das Parteiensystem unverändert darstellt, zumindest das Wahlverhalten zeigt insofern eine gewisse Konsolidierung.

Die Schwächung der Kommunisten, die zwar ihr Wahlergebnis um 2 Prozent steigern konnten, zugleich in der neuen Duma aber eine Reihe von Sitzen und zudem ihre alten Verbündeten einbüßten, hat eine gewichtige politische Konsequenz: Erstmals seit 1992 gibt es eine relative Homogenität zwischen Exekutive und Legislative. Es darf folglich auf weniger Blockaden und mehr Koordination gehofft werden, zumal damit beide Seiten der Chance beraubt sind, nach bewährtem Muster die jeweils andere für das eigene Versagen verantwortlich zu machen. Sicher ist dies allerdings nicht, denn schon in der Vergangenheit konnten solche wechselseitigen Vorwürfe nur mühsam verbergen, daß sich Legislative und Exekutive bei ihren taktischen Scharmützeln vor allem selbst im Wege standen. Ein plastisches Beispiel ist die Steuerreform, die keineswegs allein von einer obstinaten Duma sabotiert wurde, sondern sich nicht minder in dem Gestrüpp verfang, das die Regierung selbst und der Föderationsrat ausgelegt hatten.

Die Wiederwahl des Parlamentssprechers Selesnjow und die Besetzung der Parlamentsausschüsse dokumentieren, daß offenbar auch unter den veränderten politischen Prämissen die Tradition der taktischen Winkelzüge fortgeführt werden soll. Bei der Wahl Selesnjows tat sich die neue Kreml-Partei mit ihren vorgeblich ärgsten Antagonisten, den Kommunisten, zusammen - nicht aus plötzlich entdeckter politischer Affinität, sondern aus der simplen taktischen Überlegung, ein Zusammengehen der Kommunisten mit einem potentiellen zentristischen Herausforderer wie Primakow unter allen Umständen verhindern zu müssen. Dies allein könnte die Wahlaussichten des amtierenden Präsidenten noch eintrüben, während sich der kommunistische Kandidat für die Präsidentschaft, Gennadij Sjuganow, wie schon 1996 ohne eigene Chancen als idealer Gegner darstellt. Dem wurde leichthin die arithmetisch ebenso mögliche kohärente Modernisierungsstrategie der neuen Kreml-Mehrheit im Parlament geopfert.

## **Der 26. März: Wahl oder Plebiszit?**

Endete die Parlamentswahl mit einer handfesten Überraschung, so scheint die Präsidentschaftswahl bereits entschieden, bevor überhaupt alle Kandidaten nominiert worden sind. Es bahnen sich Moskauer Verhältnisse an, auch wenn dort der Amtsinhaber Luschkow trotz eines neuerlich beeindruckenden Stimmenanteils von mehr als 60 Prozent seine über die Wiederwahl als Oberbürgermeister im Dezember 1999 hinausreichenden Ambitionen bis auf weiteres begraben mußte. Nun hat allerdings der russische Herbst des vergangenen Jahres offenbart, wie unbeständig in einer ungefestigten politischen Landschaft politische Fortüne ist. Noch im Oktober verfügte Primakow mit seinem Wahlbündnis über Zustimmungsraten, die ihn oberhalb der Kommunisten ansiedelten. Und da Putin als Wahlkämpfer bislang wenig mehr verkörpert als die Virtualisierung eines Präsidenten, der nach Wunsch munde-

recht zu servieren vermag, könnte auch seine Popularität schnell in sich zusammenfallen. Wahrscheinlich ist das nicht, zumal Putins politisches Lager über die mediale Hegemonie verfügt und - auch dies eine Folge der fluiden politischen Szenerie - zunehmend als Gravitationszentrum fungiert, dessen Sogkraft sich kaum jemand entziehen will.

Ohnehin ist strittig, welche Bedeutung den Wahlen und einem damit potentiell verbundenen Machtwechsel in Rußland überhaupt beizumessen ist. Hier stehen sich sowohl innerhalb des Landes als auch außerhalb zwei Einschätzungen gegenüber. Die eine besagt, daß es völlig gleichgültig ist, wer Präsident wird: Putin, Sjuganow oder gar Jawlinskij. Entscheidend sei das Beharrungsvermögen der "transformierten" Strukturen, die Konzentration der finanziellen und die damit einhergehende Diffusion der politischen Macht " die Föderalisierung und Privatisierung des Staates -, was jedem Kandidaten sehr schnell die Grenzen seines Gestaltungsspielraumes aufzeige. Dem steht eine Auffassung entgegen, die auf den "subjektiven Faktor" rekurriert, dem vor dem Hintergrund der etatistischen Traditionen in Rußland und der bis heute nur embryonal ausgebildeten bürgerlichen Gesellschaft entscheidende Bedeutung zukomme. Danach stellt es einen fundamentalen Unterschied dar, welche Person und welches Programm die Mehrheit auf sich vereinigen können.

Als Anschauungsmaterial für letztere These dient das bunte Panorama politischer Verhältnisse in den Regionen, wo sich so mancher Autokrat Wirtschaft und Gesellschaft im sprichwörtlichen Sinne untertan gemacht hat. Und sie stützt sich auf die Beobachtung, daß die Orchestrierung der Duma-Wahlen durch den Kreml der aktuellste und zugleich sichtbarste Beweis für die ungebrochene Prärogative der Staatsführung- und damit für die fortdauernde Relevanz des "subjektiven Faktors" - darstelle.

Dem hält die Kontinuitätsthese entgegen, daß allein schon die urwüchsig entstandenen checks and balances des russischen Föderalismus jeden Versuch eines zentralistischen Durchgriffs im Ansatz zunichte machen. Auch habe die russische Politik nach den ersten chaotischen Gehversuchen in den Grundfragen eine den äußeren Umständen geschuldete erstaunliche Beständigkeit aufgewiesen. Ein eindrucksvolles Beispiel aus der jüngeren Zeit stelle hier Jewgenij Primakow dar, der nach der Finanzkrise vom August 1998 einen radikalen Bruch mit der in seinen Augen bei weitem zu liberal und zu monetaristisch orientierten Wirtschaftspolitik der vorhergehenden Regierungen ankündigte und dies auch personell untermauerte. Er trat mit den vermeintlichen Exorzisten jedweder marktwirtschaftlicher Anwendungen an: Jurij Masljukow und Wiktor Geraschtschenko - ersterer als Mitglied der KP-Führung und einstiger Direktor der sowjetischen GOSPLAN-Behörde Stellvertreter Primakows mit der Gesamtverantwortung für die Wirtschaft, letzterer Chef der Zentralbank und damit in einer Funktion, die er ebenfalls bereits in der UdSSR und mit fatalen Folgen für den Wert des Rubels erneut auch in der Frühphase der russischen Wirtschaftsreformen ausgeübt hatte. Tatsächlich hielten die in ebenso schneller Folge präsentierten wie verworfenen Wirtschaftspläne, was das Image ihrer Autoren versprach. In der Praxis jedoch änderte sich nichts.

Zwar gelangen die beiden zitierten Einschätzungen in der Bewertung der Präsidentschaft zu grundlegend verschiedenen Urteilen, in der Analyse der russischen Realität sind sie hingegen komplementär. So kann die Staatsführung im Kartell der Eliten nur deshalb als Geisel kleiner, aber mächtiger ökonomischer Interessengruppen erscheinen, weil weder die Einbindung durch institutionalisierte demokratische Verfahren noch die Kontrolle durch gesellschaftliche Organisationen zureichend ausgebildet sind. Das bedeutet im Umkehrschluß aber auch, daß die politische Führung grundsätzlich sehr wohl in der Lage ist, die Nabelschnur zu den ihr verbundenen und dem Staat nach wie vor verpflichteten Wirtschaftsgruppierungen zu zerschneiden - zumal dann, wenn sie den ihr nachgesagten semi-autoritären Neigungen voluntaristisch Lauf lassen würde. Insofern ist es keineswegs ohne Bedeutung, wer das Amt des Präsidenten bekleidet, auch wenn sich der Manichäismus der Transformationsjahre verloren, die russische Politik vielmehr begonnen hat, nach westlichem Muster um einen zentristischen Kern zu oszillieren und das politische Profil zumal des aussichtsreichsten Kandidaten nur rudimentär zu erkennen ist.

## Wladimir Putin: die Person als Programm

Der amtierende Präsident ist mit dem strukturellen Dilemma konfrontiert, zugleich das politische Geschöpf von Boris Jelzin zu sein, wie er dessen Kontrastprogramm verkörpern muß. Daraus folgt, daß der angestrebte politische Erfolg weniger auf der Identifizierung mit seinem Ziehvater, denn auf der Distanzierung von ihm beruht. Auf der anderen Seite bleibt Putin zur Finanzierung und Inszenierung seiner Wahlkampagne auf die Ressourcen jener Kreise angewiesen, denen als "Familie" des ehemaligen Präsidenten ein höchst schillernder Ruf anhaftet. Auch hier muß er sich zugleich sichtbar emanzipieren, will er nicht Gefahr laufen, wie sein Vorgänger als verlängerter Arm partikularer oligarchischer Interessen denunziert zu werden.

Der bislang ausnehmend erfolgreiche Versuch einer politischen Erbfolgeregelung birgt folglich noch Raum für manche Spannung und Überraschung. So hat sich Putin im Sinne seiner personellen Emanzipation rasch von den fragwürdigsten Figuren aus dem Dunstkreis seines Vorgängers getrennt: von Tatjana Djatschenko, der Tochter Jelzins, von Pawel Borodin, dem skandalträchtigen Vermögensverwalter des Kreml, und von Nikolaj Aksenjenko, der ihm einst als Erster Stellvertretender Premier zur Seite gestellt worden war. Deren spiritus rector, Boris Beresowskij, tangiert dies bislang nicht unmittelbar, denn - noch - erscheint er dank seiner Medienmacht als unverzichtbar. Das gebotene politische Kontrastprogramm wiederum läßt sich auf die drei Begriffe "Einheit", "Tatkraft", "Stärke" reduzieren - die programmatische Verdichtung eines gemessen an Jelzin gleichsam naturgegebenen Zustandes. Darüber hinaus bot sich Putin bislang vor allem als Projektionsfolie recht beliebiger postsozialistischer russischer Träume an.

Immerhin reiht sich der amtierende Präsident mit seiner Tatkraft und Entschlossenheit demonstrierenden bellikosen Praxis und Rhetorik in den Chor jener ein, die seit der August-Krise des Jahres 1998 verstärkt ein traditionelles russisches Thema anstimmen: den Etatismus, der so etwas wie das Mantra der Moskauer politischen Klasse geworden ist. Bei Putin heißt das auf der in seiner Amtszeit neu eingerichteten Website der russischen Regierung "Wenn überhaupt, so wird Rußland so schnell keine Kopie der USA oder Großbritanniens, wo liberale Werte über eine lange Tradition verfügen. Unser Staat, seine Institutionen und Strukturen haben immer eine außerordentlich bedeutende Rolle im Leben des Landes und seiner Menschen gespielt. Für die Russen ist ein starker Staat keine Abweichung, die es zu überwinden gilt. Ganz im Gegenteil betrachten sie ihn als Quelle und Garanten der Ordnung sowie als Begründer und wichtigste Triebkraft jeden Wandels." Daher warte die Öffentlichkeit ungeduldig auf "die Wiederherstellung der leitenden und regulierenden Rolle des Staates". (<http://www.pravitelstvo.gov.ru>):

Nun sind die Klagen über die Schwäche des russischen Staates ebenso wenig neu wie die Beschwörungen, diese mit Nachdruck überwinden zu wollen: Boris Jelzin hat damit ein ums andere Mal seine jährliche Ansprache an die beiden Kammern des russischen Parlaments garniert. Bewegt hat dies wenig. Entscheidend ist daher nicht, was Putin postuliert, sondern was davon praktisch sichtbar werden kann. Das wiederum hängt wesentlich von der Machtbasis ab, auf die er sich stützt. Es ist dies - darin unterscheidet er sich von seinem Vorgänger - der Staatsapparat und namentlich der Apparat der Staatssicherheit. Hier vollzog sich seine berufliche Sozialisation, und in diesem Milieu sprießen auch die verwegenen Erwartungen an seine Präsidentschaft.

Es kann daher kaum verwundern, daß Stärkung des Staates bei Putin vor allem Ausbau des Staates heißt, Erweiterung seiner Kompetenzen, Schaffung neuer Kontroll- und Überwachungsinstanzen - kurz und schlecht: die quantitative und qualitative Expansion der Bürokratie. So soll etwa der endemischen Korruption durch eine neue Superbehörde Einhalt geboten werden, mit der verstreute Zuständigkeiten aus den verschiedenen "Machtministerien" in einer Hand zusammengefaßt werden. Das verlagert und erweitert jedoch nach aller Erfahrung nur, was zu bekämpfen angestrebt wird, und erinnert an den famosen Versuch, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen. Es weckt zugleich Assoziationen mit jenen Konzepten, die sich bereits am Beginn der russischen Transformation Modernisierung nach dem seinerzeit viel beschworenen Muster eines Augusto Pinochet nur unter einer starken Hand und ohne demokratisierenden Firlelfanz vorstellen konnten.

Statt in der Logik des russischen Etatismus einen solchen Irrweg zu beschreiten, käme es aber darauf an, die über sowjetische Proportionen hinaus gewachsene und in weiten Teilen redundante Bürokratie drastisch zu verkleinern, allein schon um sie der Verlegenheit zu entheben, zur Erschließung neuer Erwerbsquellen ständig nach neuer Beschäftigung Ausschau zu halten. Erforderlich sind ferner transparente und einklagbare Regeln, damit die Bürger staatlichen Entscheidungen nicht länger orientierungs- und wehrlos ausgeliefert sind, diese vielmehr kontrollieren können. Kurz und gut: Es gilt, die Hintertüren wie die Hinterzimmer zu verschließen, die bisher das Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Raum prägen. Auch davon ist bei Putin die Rede, ohne daß allerdings bereits konkrete Schritte sichtbar würden.

In seiner Unentschiedenheit zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen autoritärer Steuerung und demokratischer Kontrolle ist Putin ein durchaus typisches Geschöpf der politischen Klasse des heutigen Rußland, die einerseits sowjetisch sozialisiert wurde, andererseits aber auch sehr handfest die Grenzen dieses Systems erfahren hat. Man muß daher schon mit den eindimensionalen Reflexen eines Zbigniew Brzezinski ausgestattet sein, um hinter einem russischen Pokerface regelmäßig die Fratze eines Lawrentij Berija - oder aus dem Gruselkabinett unserer Tage: eines Slobodan Milosevic - zu entdecken.- Ein solches Risiko mag mit der Person Putins allenfalls dann aufscheinen, wenn die Bewältigung der Ära Jelzin zu noch größeren Verwerfungen führen sollte, als sie bereits dieser anzuordnen vermochte - der Notstand folglich zur täglichen Realität würde. Wahrscheinlich ist das nicht.

## **Das Erbe der Ära Jelzin und seine Folgen**

Der Schlüssel für die Zukunft Rußlands und zugleich die bisherige Achillesferse des amtierenden Präsidenten bleibt die Ökonomie. Hier auch dürften Dysfunktionen am deutlichsten spürbar werden, sollte sich die von Putin annoncierte Stärkung des Staates tatsächlich eindimensional auf dessen weitere Expansion beschränken. Immerhin konnte das Land nach der schweren Finanzkrise vom August 1998 im Jahre 1999 eine gewisse wirtschaftliche Konsolidierung verzeichnen. Dies geschah entgegen den Erwartungen der meisten Beobachter, die wie der Internationale Währungsfond, von einer fortgesetzten Inflation und Rezession ausgingen. Allerdings vollzog sich die Erholung weit weniger dynamisch als in den asiatischen Krisenländern.

So nahm das Bruttoinlandsprodukt 1999 um 2 Prozent zu, während der IWF noch Ende 1998 einen Rückgang um 7 Prozent prognostiziert hatte. Zuvor war lediglich 1997 mit 0,8 Prozent ein positives Ergebnis erzielt worden, erstmals seit Beginn der Transformation. Allerdings beläuft sich die Wirtschaftsleistung auf Grund des stark gesunkenen Außenwertes der russischen Währung umgerechnet nur noch auf wenig mehr als 200 Milliarden US-Dollar. Ein besonders starkes Wachstum konnte mit 8 Prozent die Industrieproduktion verzeichnen. Hier machte sich die Importsubstitution bemerkbar, die bei den immer noch nicht übermäßig zahlreichen Unternehmen, die sich westlichen Produktions- und Vermarktungsmethoden geöffnet haben, durchaus nachhaltige Wirkung haben dürfte. Damit ging auch ein merklicher Rückgang des 1997 und 1998 noch endemischen Naturaltaushes einher: Annähernd 75 Prozent der betrieblichen Transaktionen wurden damals über Barter-Geschäfte abgewickelt; heute soll dies weniger als die Hälfte sein. Die Investitionen in neue Anlagen blieben mit einem Wachstum um 1,7 Prozent allerdings schwach.

Die Inflation ging nach dem Sprung von elf auf 84,4 Prozent im Jahre 1998 erneut auf 36,5 Prozent zurück. Auch hier lag die IWF-Prognose mit 100 Prozent deutlich höher. Angesichts einer nicht übermäßig strengen Geldpolitik der Zentralbank war das auch ein Ergebnis der ausgesprochen restriktiven Fiskalpolitik, die das Budgetdefizit 1999 mit 2 Prozent auf den seit 1992 niedrigsten Wert drückte. Daran ist vor allem bemerkenswert, daß eine solche Austeritätspolitik den Wirtschaftsakteuren der Regierung Primakow und ihrer Nachfolger deklaratorisch immer als ungebührliche Willfährigkeit gegenüber der westlichen Gebergemeinschaft und ihren Finanzinstitutionen erhalten mußte. Wesentlich erleichtert wurde die Haushaltsführung durch die Preissteigerungen bei den Energieträgern, die ebenfalls 1999 einsetzten und der Leistungsbilanz einen Überschuß von 19 Milliarden US-Dollar bescherten. Das entspricht über 9 Prozent des BIP und markiert vor dem Hintergrund eines Rückgangs der Importe um neuerlich etwa 30 Prozent einen drastischen Umschwung, nachdem hier 1997 und 1998 nur mit Mühe ein negatives Ergebnis abgewendet werden konnte. Nach einem Rückgang um

mehr als 30 Prozent im Krisenjahr 1998 haben sich schließlich auch die Realeinkommen der Bevölkerung stabilisiert, und es konnten die Lohn- und Pensionsrückstände abgebaut, wenn auch noch nicht beseitigt werden.

Der Silberstreif kann allerdings nicht vergessen machen, daß das Gesamtbild immer noch düster ist. So hat sich in den neunziger Jahren die russische Wirtschaftsleistung glatt halbiert, ist die Industrieproduktion auf wenig mehr als 40 Prozent zurückgegangen und stellen die Anlageinvestitionen mit 15 Prozent nur mehr einen Bruchteil des zu Beginn des Jahrzehnts und auch in anderen Industriestaaten üblichen Niveaus dar. Wirtschaftlich hat die Supermacht des Kalten Krieges einen so dramatischen Abstieg erfahren, daß sie heute - in US-Dollar - weniger als ein Land wie Belgien produziert und über einen Bundeshaushalt finnischer Dimensionen verfügt. Einen Spitzenplatz bekleidet Rußland dagegen bei der Auslandsverschuldung, die sich mit 190 Milliarden US-Dollar etwa in der Größenordnung seines Bruttoinlandsprodukts bewegt und bei einem jährlichen Schuldendienst von etwa 15 Milliarden US-Dollar ohne einschneidende Restrukturierungen nicht länger zu bewältigen ist. Auf eine ähnliche Summe beläuft sich vagen Schätzungen zufolge auch das russische Fluchtkapital, während zu Hause mindestens zwanzig Prozent der Bevölkerung völlig verarmt sind.

Rußland ist damit längst geworden, was zu verhindern seine politische Klasse auch heute noch antritt: ein Rohstoffanhängsel des Westens, das diesem die materielle Grundlage für seinen technologischen Reichtum liefert und zugleich subjektiv wie objektiv von dessen milden Gaben abhängig ist. Sich aus dieser doppelten Abhängigkeit zu befreien, setzt vor allem eine Beseitigung der inneren Fesseln voraus. Zwar hat die Augustkrise 1998 dank der Pleite einiger Großbanken so manchem Oligarchen den Garaus gemacht, nicht aber auch schon dem von ihnen geprägten "crony capitalism". Ohne umfassende Strukturveränderungen, die verhindern, daß auch künftig das langsamste Unternehmen das Tempo bestimmt, und ohne eine grundlegende Sanierung des Bankensektors wird die kathartische Wirkung der Krise verpuffen und die Stabilisierung temporär bleiben.

So wie die Oligarchie dank der vom Staat eröffneten *windfall profits* und *insider-Privatisierungen* letztlich dessen Kreation war, so hängen Fortschritt und Modernisierung heute davon ab, ob es dem Staat gelingt, sich von seiner oligarchischen Verstrickung zu emanzipieren. Das verlangt in erster Linie, den Staat durch seine Beschränkung zu stärken. Auf der einen Seite konnte der russische Staat keine transparenten und allgemeingültigen Regeln etablieren, um so ein stabiles und kalkulierbares Umfeld für eine freie wirtschaftliche Betätigung zu schaffen. Auch verfügt er bis heute weder über die notwendigen Kapazitäten noch über ausreichende Kompetenz, um solchen Regeln Geltung zu verschaffen sowie ganz allgemein Entscheidungen der Regierung zu exekutieren. Auf der anderen Seite demonstriert der Staat auf allen Ebenen durch ebenso willkürliche wie existenzbestimmende Entscheidungen seine bis heute zentrale Rolle im ökonomischen Leben des Landes. Beide Faktoren beinhalten für jeden ökonomischen Akteur die fundamentale Lektion, daß die erfolgreiche Durchsetzung seiner individuellen Interessen ganz unmittelbar von politischem Einfluß abhängt. Entweder ist ein Zugang zu den staatlichen Ressourcen sicherzustellen, oder es muß ein Zugang zu den politischen Entscheidungsprozessen geschaffen werden, um sicherzustellen, daß die Verwaltung sich kooperativ verhält. Die verbreitete Korruption reflektiert diesen Sachverhalt plastisch. Essentiell ist jedoch das eng verflochtene Netzwerk aus privaten und öffentlichen Interessen, das die Autonomie des Staates aushöhlt.

Erschwerend kommt hinzu, daß der Zugriff auf den Staat in Rußland bislang durch ökonomische Interessengruppen erfolgte, die keine Werte schaffen, sondern sich vor allem als spekulative Nullsummenakteure profilieren. Deren Interesse an einer konzertierten Transformations- und Modernisierungspolitik war und ist daher im besten Fall begrenzt. Diese Verhältnisse haben sich im Verlauf des Transformationsprozesses so tief eingegraben, daß sie gleichsam eine strukturelle Modernisierungsbarriere darstellen. Ein wesentlicher Grund ist die fehlende Rückkoppelung, ist die mangelnde Einbettung des Staates in die Gesellschaft, die als vitales Gegengewicht entfällt. Von seiten der Gesellschaft ist der Staat keiner ernsthaften Kontrolle unterworfen. Landesweite politische und soziale Organisationen fehlen entweder ganz oder sind nur schwach ausgebildet, und die öffentliche Meinung wird von den verschiedenen oligarchischen Interessen beeinflusst oder gar gesteuert, auch wenn diese sich bisweilen heftig befenden. Die Regionen schließlich scheiden als Korrektiv ebenso aus, da sie deren spezifischer cronyism in Verbindung mit der ihnen eher zugefallenen als erkämpften Autonomie zu kollektiven politischen Aktivitäten kaum befähigt. Positiv bleibt lediglich zu registrieren, daß all dies

als wesentlicher Grund für die bemerkenswerte politische Stabilität im ganz überwiegenden Teil des Landes und namentlich in der Hauptstadt gelten kann.

Ob Putin als gewählter Präsident willens und in der Lage ist, den Staat durch Reduzierung und nicht durch Ausweitung seiner Ansprüche zu stärken, steht dahin, ist allerdings nicht übermäßig wahrscheinlich. Immerhin würde dies auf nicht weniger als einen Bruch mit der tief verwurzelten russischen Tradition des Staatsinterventionismus hinauslaufen, der sich nicht zuletzt die negative Bilanz des Transformationsprozesses verdankt. Zudem hat sich Putin mit dem Tschetschenienkrieg in die Hände jener begeben, die als Vertreter der "Machtministerien" die statistische Prärogative am sichtbarsten verkörpern.

### **Der Krieg als Vater des Erfolgs?**

Krieg ist, wie Max Scheler in der Tradition der deutschen, aber auch in Rußland vertrauten konservativen Ideologie 1915 glauben feststellen zu können, unter den Bedingungen moderner Massenmobilisierung der "mächtigste Einheitsbildner unter Menschen". Doch nicht jeder Krieg erfüllt diese Qualifikation. Es darf sich nicht nur um eine bloß utilitaristisch begründete, sondern es muß sich um eine moralisch oder existentiell legitimierte Auseinandersetzung handeln, um nicht in den Verdacht zu geraten, rein partikularen Interessen zu dienen. Anders als 1994 scheint diese Bedingung in Rußlands zweitem Tschetschenienkrieg erfüllt, der daher im Unterschied zu damals nicht als Risiko, sondern als Sprungbrett für die Wahlambitionen seiner jeweiligen Urheber fungiert.

Dabei geht es keineswegs nur darum, daß der russische Krieg im Nordkaukasus als Akt der Selbstverteidigung gegen terroristische Atavismen auf allgemeine Zustimmung trifft. Vielmehr ist der "Einheitsbildner" Krieg untrennbar mit jenem - ebenso ersehnten wie inszenierten - Moment in der Geschichte des russischen Staates verbunden, in dem nach Auffassung etwa Aleksandr Tsipkos die "Demonstration nationaler Einheit" um einen populären Führer einen "Selbstwert" bekommt und "die Grundlage für das Überleben des Staates bildet" (Obschtschaja Gaseta, 13. Januar 2000). Eine im Krieg geschmiedete Einheit kann jedoch kaum eine demokratische Einheit sein. Und zudem vernebelt eine solche Überhöhung den Blick auf plausible Kriegsziele ebenso, wie Wahl und Einsatz der militärischen Mittel weniger dem Zweck des Krieges als seiner Inszenierung folgen.

Der russische Krieg und seine Führung in Tschetschenien lassen hier kaum einen Zweifel. Schon der erste Krieg von 1994 bis 1996 beanspruchte, den bereits damals beklagten "Hort der Gesetzlosigkeit" und die dort operierenden "bewaffneten Banden" auszulöschen. Tatsächlich jedoch hat er diese nur potenziert und zudem exportiert. Zwar ist die russische Führung im vergangenen Jahr nicht wie damals in den Krieg hineingetaumelt, sondern hat ihn propagandistisch und operativ ebenso sorgfältig vorbereitet, wie sie bei der militärischen Umsetzung eine weit größere Professionalität und Umsicht walten läßt. Das ändert jedoch nichts daran, daß es Moskau in Tschetschenien ähnlich geht wie der NATO im Kosovo: Ein multiethnisches Kosovo im Staatsverband der jugoslawischen Föderation war von Anbeginn ein ebenso illusionäres Ziel wie die in Tschetschenien deklaratorisch angestrebte Rekonstitution eines selbst verwalteten "Subjekts" der Russischen Föderation. In beiden Fällen konnte und kann das Ergebnis nur ein Protektorat sein. Soll das tschetschenische Volk nicht doch noch wie einst unter Josef Stalin in alle Winde zerstreut werden, so bedeutet dies, daß es mit dem Krieg seiner Identität sowie seiner politischen Organisations- und Artikulationsfähigkeit auf Dauer beraubt werden soll. Mit der - durchaus legitimen - Bekämpfung des Terrorismus hat so etwas nichts mehr zu tun - und es wird abermals nicht gelingen.

Es stellt sich die Frage, ob der Verlauf des Krieges in den verbleibenden Wochen bis Ende März die Wahlaussichten des amtierenden Präsidenten noch zu schmälern vermag. So besteht grundsätzlich das Risiko, daß ausbleibende Erfolge im Verein mit wachsenden Verlusten die breite Zustimmung in der Bevölkerung bröckeln lassen und wie schon 1996 einen distanzierteren Blick auch auf seine Urheber ermöglichen. Die Chancen sind nicht übermäßig groß: Weder ist eine handlungsfähige, parlamentarisch verankerte Opposition erkennbar, - nachdem Jabloko und Otetschestwo die schmerzliche Erfahrung machen mußten, daß sie bei der Duma-Wahl auch für ihre kritische, beziehungsweise indifferente Haltung zum Krieg abgestraft wurden -, noch deutet sich an, daß der von Putin so eloquent verkör-



perte Wille zur patriotischen Einheit und Tatkraft schon wieder an Dynamik verlieren könnte. Bislang kommen Irritationen lediglich von jenseits der Grenzen, ohne diese jedoch ungebührlich in Frage zu stellen.

## Der Westen und Rußland

Wie schon beim ersten Tschetschenienkrieg, so schlug auch diesmal im Westen wieder die Stunde der Rußland-Phobie. Nicht anders als die russische veröffentlichte Meinung auf die NATO und deren Aktivitäten zu reagieren pflegt, so ist ihrem westlichen Pendant der Krieg im Kaukasus Anlaß, Rußland nun endgültig aus der Gemeinschaft demokratischer Staaten zu verstoßen. Und so wie die russische Führung bislang zwischen innenpolitischer Neigung und außenpolitischer Pflicht zu balancieren verstand, so hat auch der offizielle Westen in beiden einschlägigen Fällen bislang eine bemerkenswerte Zurückhaltung bewahrt und die eingeforderte Isolierung und Sanktionierung Rußlands verwehrt.

Dabei befindet sich allerdings die deutsche Politik in einem besonderen Dilemma, denn spätestens in Tschetschenien mußte auch die Bundesregierung lernen, daß der moralische Imperativ als Leitfaden für Außenpolitik wenig bis nichts taugt. Bisher jedenfalls hat uns der Verteidigungsminister noch keine seiner Bilderlektionen vergönnt - trotz reichlich Anschauungsmaterial. Und bisher auch hat uns der Außenminister mit seinen historischen Lehren verschont - trotz nicht minder offenkundiger Parallelen. Kaum daß in den Massengräbern des Kosovo die Moral als absoluter Maßstab für das eigene Handeln gefunden war, wurde sie ihrer durch die Realitäten des Staatensystems auch heute noch gesetzten Grenzen gewahr.

Der Grund liegt auf der Hand: Es macht in der internationalen Politik halt immer noch einen Unterschied, ob die Opfer der rhetorisch heftig beklagten Menschenrechtsverletzungen einem Regime mit Atomwaffen geschuldet sind, oder einem, das wie Jugoslawien seine militärische Abschreckung Partisanen anvertraut. Es bedurfte daher gar nicht erst des Hinweises von Boris Jelzin, als dieser in Reaktion auf die westlichen Mäkeleien am Tschetschenienkrieg den russischen Nuklearschirm zitierte. Auch dabei handelte es sich übrigens um eine - im Westen weniger beachtete - kollektive Lehre der russischen politischen Klasse aus dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien. Allein ein glaubwürdiges militärisches Abschreckungspotential ist in der Lage, die nach russischem Verständnis unipolare Anmaßung des Westens in seine Schranken zu weisen. Und es eröffnet - so der in Tschetschenien praktizierte Umkehrschluß - Freiräume für das eigene Handeln.

So gesehen offenbaren die semi-offiziellen Vorbehalte, daß im Schatten des Tschetschenienkrieges keine Kooperation gedeihen könne, daß Rußland durch Sanktionen auf den Pfad westlicher Tugend zurückgeführt werden müsse und dergleichen mehr die eigenen Inkonsistenzen und Glaubwürdigkeitslücken ebenso wie sie zu Recht das russische Verhalten zu einem internationalen Thema machen. Allerdings liegt darin auch eine Chance, denn unter solchen Umständen stellt anders als im Falle des Kosovo eine Politik der kleinen Schritte und nicht eine der großen Worte und der großen Taten die *ultima ratio* dar. Selbstverständlich muß die russische Führung immer wieder mit kritischen Nachfragen über Art und Umfang der eingesetzten Mittel sowie über die verfolgten Ziele konfrontiert werden, muß vor Ort Transparenz her- und sichergestellt werden und ist Vermittlung nicht nur anzubieten, sondern auch zu fordern. Eine insoweit demonstrativ befestigte moralische Position wird aber nicht allein schon dadurch kompromittiert, daß die Kooperation und der Dialog fortgeführt werden, ohne die kleinen Schritte nicht zu gehen sind - es sei denn, man bereichert die vor kaum einem Jahr heftig bemühte und schon damals absurde Gleichsetzung von Hitler und Milosevic um Wladimir Putin.

Aber auch die Wirtschaft vermag - nicht zum ersten Mal - sauber zwischen Moral und Geschäft zu trennen. Kaum daß der neue Kriegsherr zum Neujahrstag als amtierender Präsident gekürt war, gingen die Kurse an der Moskauer Aktienbörse ebenso hoch wie die Kurse jener Eurobonds, um deren Tilgung die westlichen Anleger zu bangen gewöhnt waren. Schon zuvor, im Sommer des vergangenen Jahres, hatte der IWF mit der Wiederaufnahme seiner Stützungsmaßnahmen den wartenden internationalen Investoren grünes Licht gegeben - auch wenn die Auszahlung der letzten Kredittranchen aus Gründen der politischen Symbolik seit September erst einmal gestoppt wurde.

Überhaupt ist das Engagement des IWF als Agentur der westlichen Gebergemeinschaft in Rußland eine Geschichte der verpaßten ökonomischen Gelegenheiten und der politischen Instrumentalisierung - aus höchst unterschiedlichen Motiven. Diese reichten von der Wiederwahl Jelzins 1996 über die Angst vor vagabundierenden Atomwaffen bis hin zur Sicherung westlicher Anlageinteressen im Krisen-August des Jahres 1998. Als die russische Reform dagegen an ihrem Beginn im ersten Halbjahr 1992 am dringlichsten finanzielle Unterstützung benötigte, war von IWF und Weltbank weit und breit nichts zu sehen - trotz nachdrücklicher russischer Bitten um 6 Milliarden US-Dollar für einen Rubel-Stabilisierungsfonds. Das erste Abkommen im Volumen von 1 Milliarde US-Dollar wurde dann just zu dem Zeitpunkt abgeschlossen, als der russische Präsident dem innenpolitischen Druck nachgegeben und die ersten "roten Direktoren" ins Kabinett aufgenommen sowie mit Wiktor Geraschtschenko als neuem Chef der Zentralbank das Tor zur inflationären Geldvermehrung aufgestoßen hatte. Immerhin stieg Rußland in den folgenden Jahren zum zwischenzeitlich größten Empfänger von IWF-Krediten auf, ohne daß dies allerdings in der russischen Wirtschaftspolitik die angestrebten und mehrfach vertraglich bekräftigten Spuren hinterlassen hätte.

Die Präsenz des IWF in Rußland unterstrich dagegen eine fundamentale Lehre: *Russia is too big to fail*. In diesem Bewußtsein ließ die Gier der internationalen Anleger, an den singulär hohen Renditen auf den russischen Märkten für Aktien und Staatsanleihen zu partizipieren, alle Dämme brechen. So hielten am Vorabend der Krise 1998 Ausländer Papiere im Wert von über 50 Milliarden US-Dollar, was beim damals geltenden Rubelkurs über 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprach und weit mehr war, als das Land verkraften konnte. Davon ging im August deutlich mehr verloren, als zuvor in Asien abgeschrieben werden mußte. Rußland war folglich doch nicht groß genug - oder umgekehrt zu groß ", um vor einem Fall bewahrt zu werden. Das zügelte zwar den Appetit, ließ ihn aber nicht völlig versiegen, denn 1999 gehörte die Moskauer schon wieder zu den erfolgreichsten Börsen der Welt.

Was der IWF bis 1998 offiziell zu bekämpfen vorgab, war so zum Lebenselixier geworden: die spekulative Bonanza, von der die russischen Oligarchen ebenso profitierten wie die großen Anleger aus dem Westen. Das wiederum hinderte den IWF nicht, auch im Anschluß an den August 1998 die Beseitigung der Trümmer vor allem daran auszurichten, wie das Vertrauen eben dieser internationalen Investoren wiederhergestellt werden könnte. Hier schließt sich der Kreis der Bigotterie.

Die Frage, ob Rußland künftig Unterstützung gewährt werden solle, ist folglich mit der gebotenen kritischen Distanz sowohl an die Nachfrage- als auch an die Angebotsseite zu richten. Der Fall Rußland hat dokumentiert, daß der IWF in der ihm von außen wie innen angemuteten Rolle als *de-facto*-Entwicklungsagentur überfordert ist. Er sollte sich zurückziehen, zumal sein aktuelles Engagement zu wenig mehr taugt, als den russischen Schuldendienst nicht versiegen zu lassen. Um diesen der russischen Seite zu erleichtern, ist dagegen nach dem Muster Polens im Pariser und Londoner Club ein Erlaß der sowjetischen Altschulden im Volumen von etwa 71 Milliarden US-Dollar zu vereinbaren und gleichmäßig auf die unterschiedlich involvierten öffentlichen Gläubiger unter angemessener Einbeziehung der Banken zu verteilen. Die bislang praktizierten wiederholten Umschuldungen stellen nicht nur eine Hypothek für die Zukunft dar, sie signalisieren auch, daß der Westen nicht anders als Rußland nach wie vor klare politische Entscheidungen scheut.

Voraussetzung klarer Entscheidungen ist jedoch eine klare Verantwortung, nach innen wie außen. Materiell ist Rußland dazu heute weit eher in der Lage als noch vor einem Jahr. Und auch politisch dürfte sich mit dem rühmlichen Abgang Boris Jelzins der Nebel allmählich lichten, den sein erraticer Führungsstil im Lande hinterlassen hat. Diesen Makel hat sein Nachfolger nicht. Ob er sich jedoch - als Phönix aus der Asche des Krieges - wie sein Vorgänger in letzter Konsequenz demokratischen Spielregeln verpflichtet fühlt, kann gegenwärtig nur gehofft werden. Solange es jedenfalls in das Belieben des Präsidenten gestellt ist, über die Alternative Wahl oder Ausnahmezustand zu entscheiden, bewegt sich die russische Demokratie vielleicht auf dem richtigen Weg, bleibt aber auf schwankendem Boden.